



Frau Bundeskanzlerin

# Ergebnisse aus der Meinungsforschung

Wochenbericht KW 43  
27.10.2017

<i>forsa</i>	<i>Emnid</i>	<i>IfD Allensbach</i>	<i>FG Wahlen</i>	<i>infratest dimap</i>
--------------	--------------	-----------------------	------------------	------------------------

---

Wähleranteile:	Union bei 33 % bzw. 31 %, SPD zwischen 22 % und 20,5 %
----------------	--

---

Wirtschaft:	Pessimistische Erwartungen überwiegen leicht
-------------	--

---

Weltpolitische Lage:	Sorge um den Weltfrieden Konflikt mit Nordkorea wird als größte Bedrohung wahrgenommen
----------------------	---

---

Wichtigste Themen:	Koalitionsverhandlungen/Regierungsbildung Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs- und Asylpolitik
--------------------	--

---

## Wähleranteile

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/stern	<b>Emnid<sup>1</sup></b> für BamS	<b>IfD Allensbach</b> für FAZ	<b>FG Wahlen<sup>2</sup></b> für ZDF
CDU/CSU	31 (-1)	31 (-1)	33,0	33 (+2)
SPD	22 (+2)	22 (+1)	20,5	21 (-)
FDP	11 (-)	11 (-)	12,0	10 (-1)
DIE LINKE	10 (+1)	9 (-)	9,0	9 (-1)
B'90/Grüne	10 (-1)	10 (-)	9,5	11 (-)
AfD	11 (-1)	12 (-)	12,0	12 (-)
Sonstige	5 (-)	5 (-)	4,0	4 (-)
Erhebungszeitraum	16.-20.10.	19.-25.10.	07.-19.10.	24.-26.10.

Die Union liegt bei IfD Allensbach 12,5, bei FG Wahlen 12 (+2), bei forsa 9 (-3) und bei Emnid 9 (-2) Prozentpunkte vor der SPD.

Da die letzte Erhebung der Sonntagsfrage vom IfD Allensbach vor der Bundestagswahl stattgefunden hat, ist es nicht sinnvoll, hier Veränderungen zur letzten Vorwählerhebung anzugeben.

## Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/stern
Merkel	48 (-)
Schulz	21 (+1)
keinen von beiden	31 (-1)
Erhebungszeitraum	16.-20.10.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 27 (-1) Prozentpunkte vor Martin Schulz.

91 % (-1) der CDU/CSU-Anhänger präferieren Merkel und 2 % (+1) Schulz.

Von den SPD-Anhängern würden sich 65 % (+1) für Schulz und 18 % (-3) für Merkel entscheiden.

<sup>1</sup> Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (29.10.2017)

<sup>2</sup> im Vergleich zur KW 41

## Problemlösungskompetenz

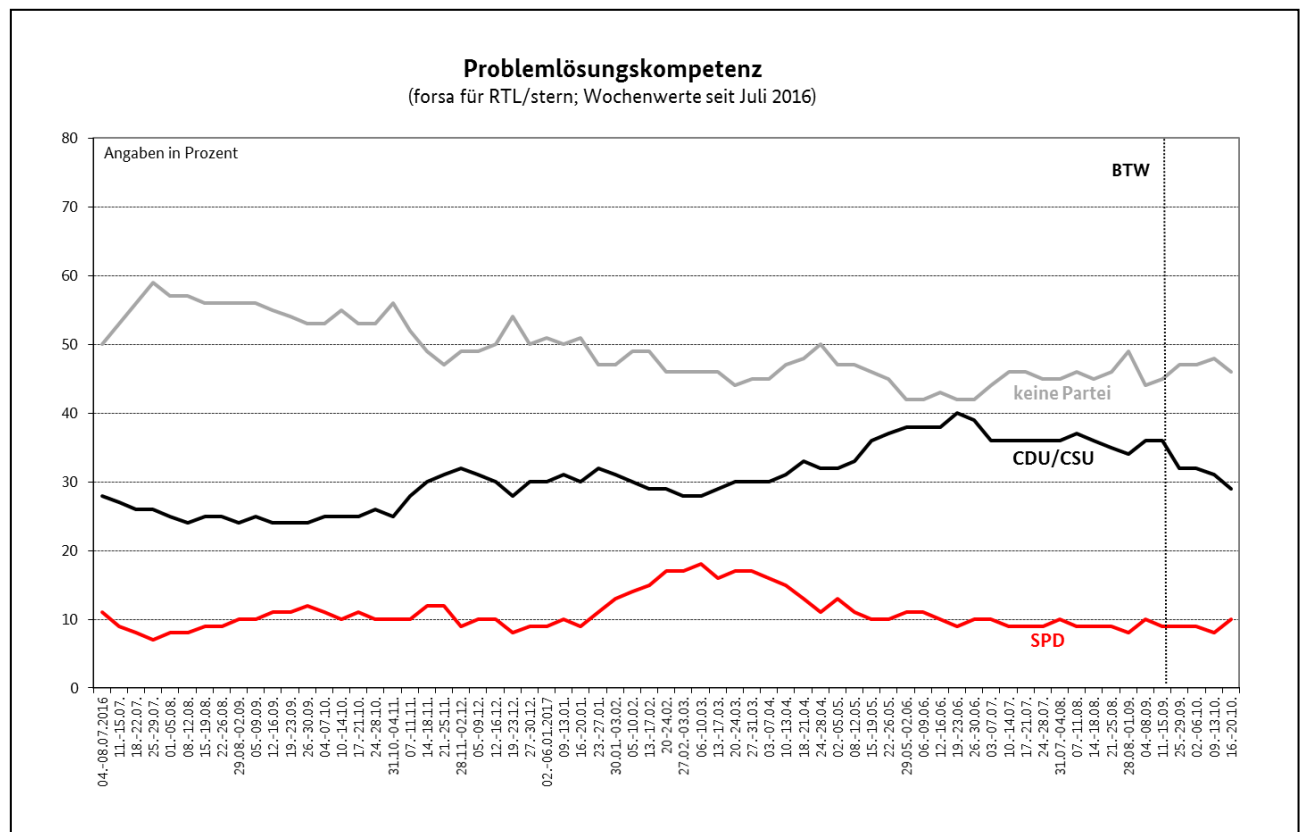
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
CDU/CSU	29 (-2)	
SPD	10 (+2)	
sonstige Parteien	15 (+2)	
keine Partei	46 (-2)	
Erhebungszeitraum	16.-20.10.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 19 (-4) Prozentpunkte vor der SPD.

46 % (-2) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

72 % (-1) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 43 % (+6) von ihrer Partei.



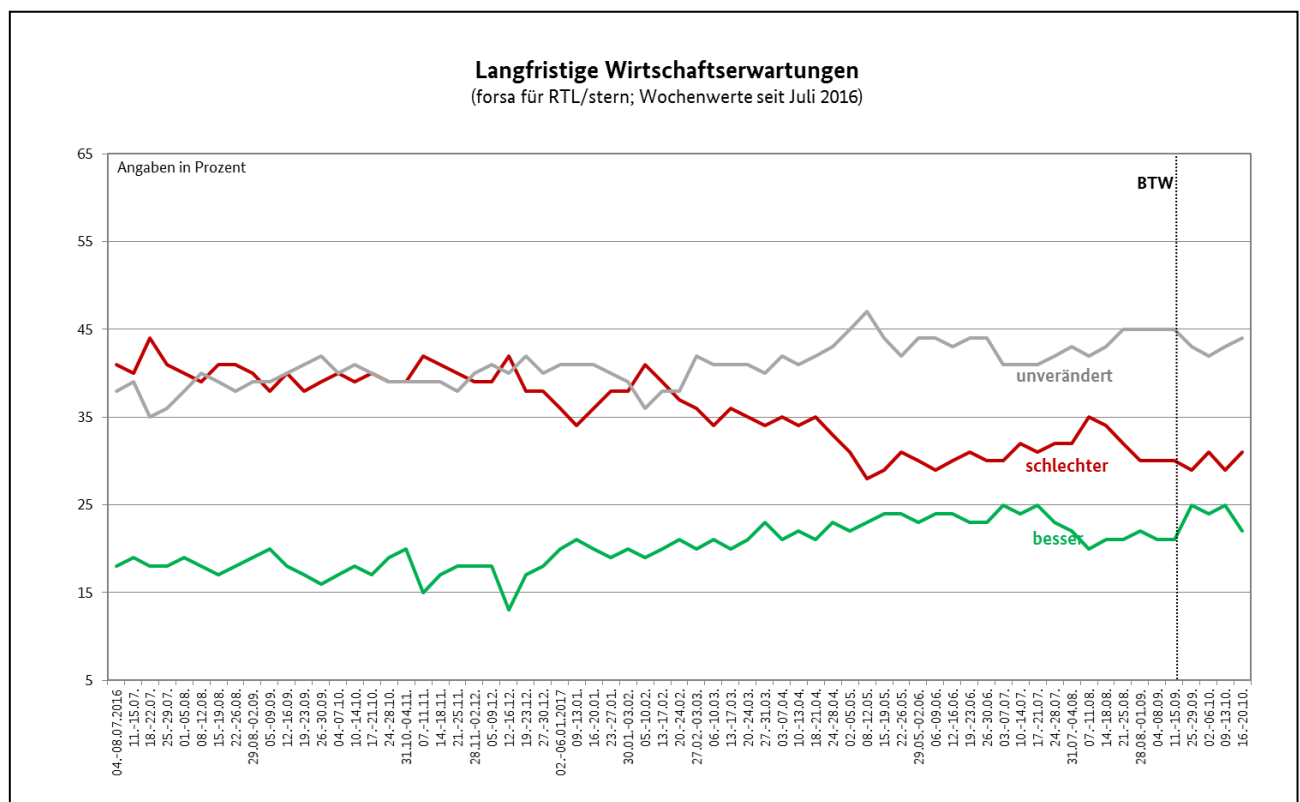
## Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
besser	22	(-3)
schlechter	31	(+2)
unverändert	44	(+1)
Erhebungszeitraum	16.-20.10.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche verschlechtert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 9 (+5) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



### Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 40

	forsa für BPA	
sehr große	13	(-2)
große	50	(-1)
wenig	30	(+3)
keine	7	(-)
Erhebungszeitraum	16.-20.10.	

Anhänger der SPD (71 %) machen sich überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden. Frauen machen sich häufiger (sehr) große Sorgen als Männer (70 % zu 55 %) und über 45-Jährige häufiger als unter 45-Jährige (70 % zu 57 %).

Anhänger der FDP machen sich überdurchschnittlich oft weniger bzw. keine Sorgen um den Weltfrieden (44 %).

### Weltweite Krisen(regionen) als Gefahrenquelle für Deutschland

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 40

	forsa für BPA	
Asien, Nordkorea	32	(-6)
USA	18	(+1)
Türkei	9	(+1)
Asylbewerber, Flüchtlinge	9	(-)
Naher Osten, arabische Länder	7	(+1)
Krieg/Terrorismus allgemein	6	(-)
Syrien	6	(-)
Islamischer Staat (IS)	5	(+1)
Iran	4	(+3)
Erhebungszeitraum	16.-20.10.	

Nach Meinung der Bundesbürger droht aus Asien von dem Konflikt mit Nordkorea die größte Gefahr für Deutschland.

Anhänger der SPD (40 %) nennen den Konflikt mit Nordkorea überdurchschnittlich häufig als größte Gefahrenquelle für Deutschland.

## Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 40

	forsa für BPA
sollte mehr Verantwortung übernehmen	36 (-3)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	9 (+2)
Deutschland tut bereits genug	53 (+2)
Erhebungszeitraum	16.-20.10.

Anhänger der Linkspartei (46 %), der Grünen (45 %) und der SPD (43 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Hingegen sind Anhänger der AfD (19 %) überdurchschnittlich oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.

Über 60-Jährige (60 %) und Frauen (58 %) sowie Anhänger der Union und der FDP (jew. 58) meinen überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland bereits genug tut.

## Rolle Deutschlands in der EU

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 40

	forsa für BPA
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	37 (+3)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	16 (+1)
verhält sich alles in allem genau richtig	44 (-1)
Erhebungszeitraum	16.-20.10.

Ostdeutsche (47 %), Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (44 %) sowie Anhänger der AfD (63 %) und der FDP (50 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Linkspartei (29 %) und der SPD (23 %) sind hingegen überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Grünen (56 %) und der Union (55 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.

## Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Koalitionsverhandlungen/Regierungsbildung	18 (+4)
Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik	16 (-2)
Konstituierende Sitzung des Bundestages/Wahl Schäubles zum BTPräs.	6 (neu)
Entwicklung der AfD	5 (+1)
Rentenpolitik/Altersvorsorge	5 (-)
Erhebungszeitraum	24.-25.10.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit den Koalitionsverhandlungen bzw. der Regierungsbildung und dem Thema "Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs- und Asylpolitik".

50- bis 64-Jährige (23 %), Anhänger der FDP (30 %), der Grünen (24 %) und der AfD (23 %) nennen die Koalitionsverhandlungen bzw. die Regierungsbildung überdurchschnittlich häufig. Gutverdiener nennen das Thema häufiger als Geringverdiener (27 % zu 10 %) und Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (24 % zu 14 %). Unter 35-Jährige (13 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft damit.

Anhänger der AfD (33 %) und der Union (24 %) erwähnen das Thema "Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs- und Asylpolitik" besonders häufig. Anhänger der SPD (9 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft damit.

